

# Die Gemeindeautonomie im Fürstentum Liechtenstein

Dissertation  
der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich  
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von Jan Bielinski von Wil SG

genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Dietrich Schindler

Herausgegeben von der Präsidual Management und  
Beratung Aktiengesellschaft  
FL-9490 Vaduz  
Fürstentum Liechtenstein  
1984

## I N H A L T

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	VIII
Literaturverzeichnis	X
Quellenverzeichnis	XV
I. Die Gemeindeautonomie	1
1. Allgemeines	1
2. Die Funktionen der Gemeindeautonomie	1
2.1 Die Rechtsetzung	2
2.2 Die Verwaltung	3
2.3 Die Rechtsprechung	3
3. Autonomie und Selbstverwaltung	4
4. Inhalt und Umfang der Autonomie	6
5. Die liechtensteinische Gemeindeautonomie	9
5.1 Historische Grundlagen	9
5.2 Zur heutigen Lage der Gemeinde	15
5.2.1 Der Gemeindebegriff	17
5.2.2 Rechtsgrundlagen der Gemeindeautonomie	19
5.2.3 Die Gemeindeaufgaben	21
II. Die Organisationsautonomie	24
1. Grundlagen	24
2. Die geschichtliche Entwicklung der Gemeindeorganisation im allgemeinen	26
3. Die liechtensteinische Gemeindeorganisation im besonderen	31
4. Einzelne Gemeindeorgane	34
4.1 Die Gemeindeversammlung	34
4.1.1 Historische Grundlagen	34
4.1.2 Die, heutige Rechtslage	37
4.2 Die Bürgerversammlung	39
4.2.1 Historische Grundlagen	39
4.2.2 Die heutige Rechtslage	42
4.3 Der Gemeinderat	44
4.3.1 Historische Grundlagen	44
4.3.2 Die heutige Rechtslage	46

	Seite	
4.4	Der Gemeindevorsteher	48
4.4.1	Historische Grundlagen	48
4.4.2	Die heutige Rechtslage	50
4.5	Weitere Gemeindebehörden und -angestellte	54
5.	Gemeindeinitiative und Gemeindereferendum in Gemeindeangelegenheiten	55
5.1	Die Gemeindeinitiative	55
5.2	Das Gemeindereferendum	56
6.	Entwicklungen	58
6.1	Das Ressortsystem	58
6.2	Die Kommissionen	59
6.3	Die Gemeindeordnung	61
6.4	Weitere mögliche Änderungen	62
III.	Das Gemeindebürgerrecht	63
1.	Historische Grundlagen	63
2.	Das Gemeindebürgerrecht heute	72
2.1	Die Grundlagen des Gemeindebürgerrechts	72
2.2	Der Inhalt des Gemeindebürgerrechts	73
2.3	Die Verleihung des Gemeindebürgerrechts	74
3.	Übersicht über die unterschiedliche Rechts- stellung der Gemeindeeinwohner	77
4.	Der Bürgernutzen	81
5.	Fragen um das Gemeindebürgerrecht de lege ferenda	88
5.1	Einwohner- und Bürgergemeinde oder Einheitsgemeinde	90
5.1.1	Schaffung von Einheitsgemeinden	90
5.1.2	Schaffung von Einwohner- und Bürger- gemeinden	93
5.1.2.1	Zusammenfassung des Status quo	94
5.1.2.2	Schaffung von zwei verschiedenen Gemeinden	94
	- Die Wohnergemeinde	96
	- Die Bürgergemeinde	96
5.2	Die Verbindung von Landes- und Gemeinde- bürgerrecht und die Problematik der sog. alteingesessenen oder in Liechtenstein geborenen Ausländer	102
5.2.1	Allgemeines	102
5.2.2	Die Verbindung von Landes- und Gemeinde- bürgerrecht	103
5.2.3	Die sog. alteingesessenen oder in Liechten- stein geborenen Ausländer	105

5.3	Die Liechtensteiner mit liechtensteinischem Wohnsitz ausserhalb der Heimatgemeinde (auswärtige Gemeindebürger)	108
5.3.1	Grundlagen	108
5.3.2	Lösungsmöglichkeiten	110
5.3.2.1	Lösungen unter den heutigen Bedingungen, d.h. ohne Trennung in eine Einwohner- und Bürgergemeinde	110
5.3.2.2	Lösungen bei einer Trennung in eine Einwohnergemeinde und eine Bürgergemeinde	113
IV.	Die Finanzautonomie	116
1.	Allgemeines	116
2.	Die Verwaltung des Gemeindevermögens	117
2.1	Entwicklung bis 1959	117
2.2	Zur heutigen Situation	119
2.2.1	Das zweckgebundene Verwaltungsvermögen	120
2.2.2	Das freie Finanzvermögen	122
2.2.3	Die Einflussnahme der Regierung bei der Verwaltung des Gemeindevermögens	124
3.	Die Rechnungslegung der Gemeinden	125
3.1	Entwicklung bis 1959	125
3.1.1	Allgemeines	125
3.1.2	Die Stellung des Gemeindekassiers (Säckelmeisters)	126
3.2	Zur heutigen Situation	128
3.2.1	Der Voranschlag	128
3.2.2	Die Jahresrechnung der Gemeinde	130
3.2.2.1	Die Erstellung der Jahresrechnung	130
3.2.2.2	Die Revision der Jahresrechnung	132
4.	Das Steuerwesen der Gemeinde	132
4.1	Allgemeines	132
4.2	Historische Entwicklung des Steuerwesens	133
4.2.1	Entwicklung bis 1923	133
4.2.1.1	Die Grundsteuer	135
4.2.1.2	Die Gewerbesteuer	137
4.2.1.3	Die Personal- und Klassensteuer	138
4.2.1.4	Die Hunde- und Salzsteuer	138
4.2.2	Die Entwicklung bis 1961	139
4.3	Die heutige Situation (mit Entwicklung seit 1961)	141
4.3.1	Der Anteil der Gemeinden an den Landessteuern	142
4.3.1.1	Die Landessteuern	142
4.3.1.2	Der Anteil der Gemeinden an den Landessteuern und die nicht zweckgebundenen Finanzzuweisungen	144
4.3.2	Die Gemeindesteuern (-Umlagen)	146
4.3.2.1	Der Gemeindegzuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer des Landes	146
4.3.2.2	Die Billetsteuer	147
4.3.2.3	Die Hundesteuer	147
4.3.2.4	Die Haushaltsumlage	148
4.3.3	Die Gemeindesteuerkommission	148

5.	Das Subventionswesen	149
5.1	Allgemeines	149
5.2	Historische Entwicklung	150
5.3	Die heutige Situation	154
5.3.1	Allgemeines	154
5.3.2	Das Verfahren beim Subventionsbegehren durch die Gemeinden	154
5.3.3	Die mit der Subventionsgewährung verbundenen Auflagen und der Einfluss der Regierung	155
5.3.4	Exkurs zur Art. 29 des Subventionsreglements	158
5.3.5	Das Subventionsreglement als Verordnung	159
V.	Übrige Bereiche der Gemeindeautonomie	166
1.	Schulwesen	166
2.	Fürsorgewesen	168
3.	Bauwesen	170
4.	Technische Einrichtungen	172
5.	Brandschutz- und Feuerwehrwesen	175
6.	Polizeiwesen	177
7.	Forstwirtschaft	179
8.	Weitere Sachgebiete	180
VI.	Die Staatsaufsicht über die Gemeinden	181
1.	Allgemeines	181
2.	Die Aufsichtsmittel	183
2.1	Die Aufsichtsmittel im allgemeinen	183
2.2	Die Aufsichtsmittel im einzelnen	186
2.2.1	Die informativischen Aufsichtsmittel (Information)	186
2.2.2	Die Genehmigung	188
2.2.3	Die repressiven Aufsichtsmittel (Intervention)	190
3.	Die Aufsichtsorganisation	191
VII.	Der rechtliche Schutz der Gemeindeautonomie	196
1.	Im Allgemeinen	196
2.	Im Besonderen	197